

Nach dem Niedergang der Schwerindustrie erfindet sich die Rust-Belt-City Buffalo als Kunstmetropole neu **SEITE 35**

Nives Widauer wandelt durch den Kosmos auf den Spuren des Sichtbaren und des Unsichtbaren **SEITE 38-40**

# Stauffenberg entschied sich aus tiefer Überzeugung zum Hitler-Attentat

Weshalb die Anerkennung der Widerstandsbewegung um den 20. Juli 1944 für die Bundesrepublik Deutschland fundamental war

MANFRED SCHNEIDER

Das missglückte Attentat auf Adolf Hitler, das Claus Schenk Graf von Stauffenberg, der Kopf des Widerstandes, am 20. Juli 1944 beging, ist erst nach einer langen qualvollen Geschichte als grosse, legitime, ja geradezu unerlässliche politische Tat gewürdigt worden. Man muss sich heute daran erinnern: Dieser über fünfzig Jahre gehende, von einflussreichen Gegenkräften behinderte Prozess der Anerkennung befreite nicht nur die Beteiligten an dem misslungenen Staatsstreich, sondern auch viele andere, zum Teil bis heute namenlose Widerstandskämpfer gegen die NS-Diktatur sowie ihre Familien von der fortwährenden Geltungsmacht des Verratsvorwurfs und der Todesurteile des Volksgerichtshofs.

Für das Rechtsbewusstsein, für das Geschichtsbild und für die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland ist das fundamental gewesen. Bereits im

Erst seit zwanzig Jahren kann gesagt werden, dass diesem Versuch, einen beispiellosen Unrechtsstaat zu beseitigen, doch noch Erfolg beschieden war.

Jahre 1950 hatte der in die USA emigrierte deutsche Philosoph und Staatsrechtler Eugen Rosenstock-Huussy prophezeit, dass Deutschlands geistige und seelische Existenz davon abhängen, wie man die Widerstandskämpfer unter Hitler würdigen werde. Der Weg zur juristischen und politischen Neubewertung des Widerstands gegen Hitler war mühsam. Die Ungeister des Nationalsozialismus wollten sich lange nicht aus dem zweiten Versuch zum Aufbau einer Demokratie in Deutschland verbannen lassen. So haben zu Beginn der fünfziger Jahre die Spitzen des deutschen Staates und der Kirchen ernsthaft über eine allgemeine Amnestie für alle in der Hitlerzeit begangenen Verbrechen nachgedacht. Und dabei hat lange Zeit der ehemalige NSDAP-Jurist, SS-Obergruppenführer und Kriegsverbrecher Werner Best die Feder geführt.

Noch im Jahre 1968 folgte ein Urteil des Berliner Landgerichts dem Tenor einiger Entscheidungen des Bundesgerichtshofs und sprach den Beisitzer des sogenannten Volksgerichtshofs, Hans-Joachim Rehse, der dort an mehr als 200 Todesurteilen mitgewirkt hatte, vom Vorwurf des Mordes frei. Das Landgericht stellte fest, dass sich die Beweisführung der Richter zur Begründung dieser Todesurteile «im Rahmen sachlicher Überlegungen» bewegt habe.

Endlich im Jahre 1998 brachte der Deutsche Bundestag den politischen Willen auf, das Gesetz zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege zu verabschieden. Dabei hatte bereits im Jahre 1950 die SPD einen ähnlichen Gesetzentwurf vorgelegt, aber der damalige Justizminister Thomas Dehler warf ihm als «Gefahr für das ganze Gefüge der Rechtsordnung».

Erst mit dem Gesetz von 1998 gelangten die Grundsätze des Staatsstreichs vom 20. Juli 1944 zur Geltung: In ihren Erklärungen hatten die Frauen



Claus Schenk Graf von Stauffenberg, hier in der Uniform des Oberleutnants der Kavallerie in Bamberg im Jahr 1934.

ULLSTEIN

und Männer des Widerstandes die Forderung niedergelegt, dass die «Rechtsschändung» des Naziregimes durch die Neubegründung einer humanen Rechtsordnung getilgt werden müsse.

## Kontroverse Betrachtung

So kann im Gedenken an den 20. Juli 1944 erst seit zwanzig Jahren gesagt werden, dass diesem Versuch, einen in der Geschichte beispiellosen Unrechtsstaat zu beseitigen, doch noch Erfolg beschieden war. Damit wurden auch alle in der Nachgeschichte des Attentats aufgeführten kritischen Vorbehalte hinfällig: der Vorwurf, dass Stauffenberg bei der Platzierung der Bombe in Hitlers Wolfsschanze sich selbst nicht geopfert habe. Oder dass es Stauffenberg und seine Helfer fahrlässig versäumt hätten, die Bombe ausreichend mit Sprengstoff und Zündern zu laden. Oder zuletzt, dass Stauffenberg gar kein Demokrat gewesen sei.

Ein Attentat lässt sich nämlich nicht rezensieren wie ein Schüleraufsatz. Zwar wurden bereits in römischen Rhetorikschulen unzählige Reden über das Recht auf die Beseitigung eines Tyrannen vorgetragen. Aber in den Geschichtsbüchern lassen sich nur wenige durch legitimen Widerstand begründete Tyrannentötungen nachlesen. Eines der wenigen Beispiele dafür gaben Harmodios und Aristogeiton, die 514 vor unserer Zeitrechnung in Athen Hipparch, den Bruder des Tyrannen Hippas, töteten. Ihnen wurde nach der Vertreibung von Hippas auf der Athener Agora ein Denkmal errichtet. Aber ihre Tat rückte später Historiker wie Herodot, Thukydides und Diodor ins Zwielicht, als sie den beiden Männern persönliche statt politischer Motive unterstellten.

Stets gerieten Attentäter, auch wenn sie selbstlose politische Motive zur Tat trieben, in eine kontroverse nachgeschichtliche Bewertung, die sie verdammte oder erhob. Dies galt insbe-

sondere für Brutus und Cassius, die im Jahre 44 vor unserer Zeitrechnung Julius Cäsar töteten, um die römische Republik vor der Alleinherrschaft des Diktators zu retten. Diese Tat, gleichsam die Mutter aller politischen Anschläge in der Geschichte Europas, wurde in unzähligen Dramen, Gedichten, Bildern und Filmen gerühmt oder verurteilt.

In Dantes «Göttlicher Komödie» finden sich Brutus und Cassius in der tiefsten Hölle wieder, wo sie mit Judas als drittem quasimetaphysischem Verbrecher zwischen den Zähnen des dreiköpfigen Luzifer hängen. Hingegen feierte sie Voltaire in seiner Tragödie «La Mort de César» von 1735 als republikanische Helden. Knapp sechzig Jahre später berief sich Charlotte Corday, die im Juli 1793 den Propagandisten des jakobinischen Terrors, Jean-Paul Marat, erstach, auf diese beiden Vorbilder. Der junge Kaufmann Friedrich Staps, der im Oktober 1809 in Schönbrunn den Kaiser Napoleon mit einem Küchenmes-

ser töten wollte, wurde in der deutschen Literatur als «deutscher Brutus» gefeiert. Beim Tatentschluss zu diesen Anschlägen hat nachweislich die Literatur eine entscheidende Rolle gespielt. Charlotte Corday kündigte ihren Dolchhieb mit einem Zitat aus Voltaires Cäsar-Tragödie an. Friedrich Staps bekannte sich als idealistischer Schiller-Leser.

Thomas Karlauf hat daran erinnert, dass man auch in vielen politischen Äusserungen Stauffenbergs noch die Sprache und den Ton des Dichters Stefan George vernennen kann. George und sein Kreis hatten die Vorstellung entwickelt, dass der dichterische und politische Geist eines «geheimen Deutschland» die Misere ihres Staates beenden könnte. Es sind nämlich nicht moralische Kräfte, woraus Einzeltäter ihren Mut speisten. Der Entschluss zu einem politischen Attentat geht aus tiefen Überzeugungen hervor. Gewiss können solche Gewissheiten, das Rechte und

Die guten wie die bösen Überzeugungen der Attentäter festigten sich durch Lektüren.

Notwendige zu tun, auch etwas Wahnhafes an sich haben. Doch die guten wie die bösen Überzeugungen der Attentäter festigten sich durch Lektüren. Und ein Mann mit der literarisch-philosophischen Bildung Stauffenbergs musste seine Überzeugung unter der Frage Kants prüfen, ob die Grundsätze seines Handelns jederzeit als «Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung» dienen könnten.

## Ein bleibendes Zeichen

Blicken wir in die Geschichte des politischen Attentats, dann hat kaum einer dieser blutigen Einzelgängerversuche in der neueren Zeit das mit der Tat verbundene Ziel erreicht. Nicht der Tod des französischen Königs Henri IV 1610, nicht die Schüsse auf den österreichischen Kronprinzen Franz Ferdinand 1914 und erst recht nicht jene auf den amerikanischen Präsidenten Kennedy 1963.

Zumeist bleiben Attentate politische Symbole, Symbole legitimer oder grundloser Gewalt. Der versuchte Anschlag auf den Diktator Adolf Hitler ist indes das bleibende Zeichen einer von der abendländischen Tradition getragenen Überzeugung, dass eine politische Ordnung nicht auf willkürliche Macht gegründet sein darf, sondern allein auf Recht. Daher haben die Akteure des 20. Juli 1944 im ersten Satz ihrer geplanten Regierungserklärung die «Wiederherstellung der vollkommenen Majestät des Rechts» angekündigt. Die «Majestät des Rechts» hat keine Nationalität.

Der 20. Juli 1944 erinnert daran, dass die Prinzipien des Rechts nicht aus der Natur der Völker hervorgehen, sondern aus dem Naturrecht, von dem bereits der Apostel Paulus wusste, dass es in die Herzen aller Menschen geschrieben ist. Der 20. Juli 1944 erinnert auch daran, dass der demokratische Wille nicht einfach Volkswille ist, sondern Volkswille auf der Grundlage universaler Menschenrechte.

Manfred Schneider ist emeritierter Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.